

Dresdner Volkszeitung

Vollständigste Ausgabe
Raben & Comp., Nr. 1288

Organ für das wertetätige Volk

Verkaufsstelle: Gebt. Anstalt, Dresden
und Sächsischer Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preis: 30 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 1,50 M., für ausländische Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietanzeigen 40 Pf. pro Zeile, Rabatt für Briefbelegungen 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Spred-
künde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Reklameweile
30 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 1,50 M., für ausländische Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietanzeigen 40 Pf. pro Zeile, Rabatt für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 222

Dresden, Donnerstag den 23. September 1926

37. Jahrg.

Der Völkerbund

Von Louis de Brodère

An der gegenwärtigen Völkerbundtagung in Genf nehmen zehn Sozialisten als Delegierte teil. Zehn auf mehr als 200 Vertreter ist sicherlich nicht viel, und zweifellos steht diese Ziffer in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Stärke des Sozialismus in der Welt. Immerhin ist das Ergebnis meiner Rechnung keineswegs entmutigend; denn die bescheidene Zahl von zehn Delegierten ist die höchste, die jemals verzeichnet wurde. Sie war selbst geringer in jener Zeit, als von der Labour Party unter Führung MacDonalds als Ministerpräsident des großen Weltreiches die englische Delegation in Genf gebildet wurde.

Von den zehn Delegierten vertritt ein einziger eine sozialistische Regierung, zwei sind für Regierungen delegiert, von der Sozialisten beteiligt sind, während die Parteien der realistischen sieben ausschließlich in der Opposition gegen ihre Regierung stehen. Sie alle leisten hier gute Arbeit, und ich bin der Meinung, daß der Völkerbund überhaupt der sozialistischen Idee bedarf, um seine Aufgabe durchführen zu können.

Innerhalb weniger Jahre ist Genf das Zentrum der Weltpolitik geworden und wird es sicherlich noch werden. Der Völkerbund umfaßt heute schon sämtliche Staaten Europas, da Spanien selbst ihm formell noch angehängt, und höchstwahrscheinlich seinen Platz wieder einnehmen wird, sobald das spanische Volk in dieser Frage seinen Willen frei zum Ausdruck bringen kann. Auch die Staaten Asiens und Afrikas, mit der einzigen, wohl nur einseitigen Ausnahme der Türkei, sind ihm angeschlossen. Alle britischen Dominions und die Nationen von Südamerika sind ihm ebenfalls beigetreten. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika selbst können sich nicht mehr völlig abseits halten, und was die Sowjetunion betrifft, die so etwas wie einen Sonderstatus bildet, lassen viele Anzeichen erkennen, daß auch sie ihre systematische feindselige Haltung nicht mehr sehr lange wird aufrechterhalten können.

Der Völkerbund bildet das große internationale Verwaltungszentrum, in das alle Informationen münden und wo die Zusammenfassung der so zahlreichen Dienstwege erfolgt, die tausenderte Einzelheiten im Völkerleben regeln. Im Schoße des Bundes werden alle großen Fragen der internationalen Politik behandelt, kein wichtiger Konflikt, der irgendwo in der Welt ausbricht, entgeht ihm; es gibt keine Verhandlung, die hier nicht ihr Echo findet. Endlich hat er die Mission, die wichtigsten Allgemeininteressen der Menschheit zu regeln. Die Tagesordnung der gegenwärtigen Session gibt dafür ein gutes Beispiel. Man findet dort als einen Hauptpunkt die Organisation der Wirtschaftskonferenz, die die vernünftigste Methode, geordnete Arbeits- und Produktionsverhältnisse der Völker herbeizuführen. Weiter die Organisation der Abrüstungskonferenz. In es notwendig, ihre Wichtigkeit zu betonen und alle glücklichen Ergebnisse aufzuführen, die ihr Erfolg mit sich bringen, alle die furchtbaren Folgen zu nennen, die ihr Mißlingen nach sich ziehen würde? Schließlich die Annahme einer Konvention gegen die Sklaverei, deren Tragweite für die Herstellung menschlicher Beziehungen zwischen den Völkern Europas und denjenigen der Kolonialwelt außerordentlich bedeutungsvoll ist.

Es ist für jede dieser Fragen eine Partei vorhanden, die zu führen, edlen und fruchtbaren Lösungen drängt. Leider findet sich auch eine andere Partei, die mächtig ist und die davon den Weg der Vergangenheit abgeht. Wer aber behauptet, daß die Sozialisten sich an diesem Kampfe nicht interessieren dürfen, von dessen Ausgang die ganze unmittelbare Zukunft der Welt abhängen kann und auf den sie einen entscheidenden Einfluß ausüben können? Wer einigen Jahrzehnten gab es Genossen, die verlangten, daß die Arbeiterklasse sich von den Parlamenten als bürgerlichen Institutionen fernhalten solle. Alle, die heute wollen, daß man nicht zum Völkerbund geht, erinnern sich an diese "antiparlamentarischen" der Anfangszeit. Sie verlangen, daß man, um praktische Politik zu machen, sich zuerst der vorhandenen Werkzeuge bedienen muß. Sicherlich darf der Sozialist nicht nach Genf gehen, um eine beliebige Aufgabe zu erfüllen. Die Exekutive der Arbeiter-Internationale muß völlig roch, wenn sie sagt, daß kein Mitglied unserer Delegation sich dazu hergeben darf, auf Instruktionen zu hören, die im Widerspruch stehen zu den Prinzipien der Partei.

Es ist ebenso selbstverständlich, daß ein Delegierter wie jeder Parteigenosse den Kontakt mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse aufrechterhalten muß, und es wäre zu wünschen, daß dieser Kontakt die Organisationen ihrerseits dazu veranlassen würde, für die Arbeiter des Völkerbundes ein immer größeres und immer aktiveres Interesse zu zeigen; denn erst an dem Tag, an dem der sozialistische Einfluß in den internationalen Versammlungen des Völkerbundes ebenso groß ist wie in den nationalen Parlamenten, wird es um den Frieden der Welt und dieses besser stehen.

Ein Zwischenfall Stresemann

So flag der Reichsaußenminister Stresemann in Genf bisher gehandelt hatte, so unbesonnen hat er noch am letzten Tage vor seiner Abreise dransilberredet. Er ging in eine Verharmlosung der deutschen Kolonie und redete über seine Erfolge, wobei er die deutschen Ansprüche in Form von Vertreten hat, die für Frankreich sensationell, verlegend und provozierend wirkten — wenigstens wird das von der französischen Presse so behauptet. Stresemann hat dann am folgenden Tage versucht, seine Rede als harmlos zu erklären, was ihm nur zum Teil gelungen zu sein scheint. Um zu sehen, um was es sich handelt, genügt es, diese „Erläuterungsrede“ Stresemanns wiederzugeben. Die Meldung lautet:

T. Genf, 22. September. (Ag. Drab.) Der Reichsaußenminister empfing am Mittwoch vor seiner Abreise nach Berlin die Vertreter der Weltpresse, um sich von ihnen zu verabschieden. Er hielt bei dieser Gelegenheit folgende Rede:

Ich bin in den letzten Tagen oft darüber gefragt worden, welche Eindrücke ich aus Genf mitnehme. Ich habe keinen Zweifel gemacht, daß es Eindrücke der Genugtuung sind, und ich glaube daselbst sagen zu können für die Mitglieder der deutschen Delegation. In allen Fragen, die uns hier beschäftigt haben, ist die deutsche Delegation stets einer Auffassung gewesen. Daraus möge man auch die Gewähr entnehmen, daß die von uns verfolgte Politik sich auf die große Mehrheit des Parlaments und darüber hinaus auf die große Mehrheit des deutschen Volkes stützen kann.

Ich möchte nun zu einigen besonderen Stellungnahmen, die hier ausgetauscht sind in Bezug auf eine Rede, die ich gestern vor der deutschen Kolonie gehalten habe. Ich habe dort darauf hingewiesen, daß wir in Genf einen großen Schritt vorwärts gekommen sind, und zwar habe ich dabei darauf hingewiesen, daß heute zwischen Frankreich und Deutschland weiter verhandelt wird, nicht über die Verminderung der Besatzung im irgend eine Ziffer, sondern um

die ganze Frage der Rheinlandbesetzung und um die Frage des Verhältnisses des Saargebietes zu Deutschland. Damit habe ich keine Indiskretionen begangen, da mir die Genossenschaft vorlag über der gestrigen französischen Ministerkonferenz in dem Genf einen großen Schritt vorwärts gekommen sind, und zwar habe ich dabei darauf hingewiesen, daß heute zwischen Frankreich und Deutschland weiter verhandelt wird, nicht über die Verminderung der Besatzung im irgend eine Ziffer, sondern um

die ganze Frage der Rheinlandbesetzung und um die Frage des Verhältnisses des Saargebietes zu Deutschland. Damit habe ich keine Indiskretionen begangen, da mir die Genossenschaft vorlag über der gestrigen französischen Ministerkonferenz in dem Genf einen großen Schritt vorwärts gekommen sind, und zwar habe ich dabei darauf hingewiesen, daß heute zwischen Frankreich und Deutschland weiter verhandelt wird, nicht über die Verminderung der Besatzung im irgend eine Ziffer, sondern um

zwischen Deutschland und Frankreich, weil ich darin den Kern der großen Frage der europäischen Verständigung sehe. Aber was diese Verständigung will, möge sie nicht durch solche Sensationen und unbegründete Gerüchte föhren!

Am Schluß erklärte der Reichsaußenminister, daß er persönlich die Vertretung Deutschlands im Rat übernehmen werde. Seine Ausführungen wurden wiederholt von der gesamten Presse von lebhaftem Beifall begleitet.

Mißtrauen in Frankreich

P. Paris, 22. Sept. (Ag. Drab.) Die Rede Stresemanns auf dem Bankett der deutschen Kolonie in Genf hat in wichtigen politischen Kreisen einen peinlichen, um nicht zu sagen unliebsamen Eindruck hervorgerufen. Sie hat mit einem Schlag dem bereits hart im Schwinden begriffenen Vertrauen deutscher Kreise über den christlichen Annäherungsminister der deutschen Regierung neue Nahrung gegeben. Man sieht von allen Dingen in der Rede Stresemanns einen Versuch, die Lage festzulegen, trotzdem der deutsche Außenminister wissen muß, daß Briand gerade bei gewissen Mitgliedern des gegenwärtigen Kabinetts große politische Schwierigkeiten überwinden muß, um zum Ziele zu gelangen. Das Journal des Debats meint, daß Stresemann, wenn er die bevorstehenden Verhandlungen zum Scheitern bringen wollte, nicht besser vorgehen konnte.

Bedauerliche Entgleisung

P. Paris, 23. Sept. (Ag. Drab.) Die französische Morgenpresse bespricht auch weiterhin ausführlich die Genfer Rede Stresemanns vor der deutschen Kolonie und kommt demnach einstimmig zu dem Schluß, daß sie eine bedauerliche Entgleisung des deutschen Außenministers darstellt. Stresemann habe da in einigen Sätzen alle Forderungen der nationalen politischen deutschen Außenpolitik vorgebracht. So die Verneinung der Kriegsschuld, die Wiederherstellung der Souveränität des Reiches, also das Ende der Rheinlandbesetzung und der Rückgabe des Saargebietes, sowie das Aufheben der Militärkontrollen, ferner das freie Recht der Völker, über ihre Staatsangehörigkeit zu verfügen. In letztem Punkte sieht die Presse eine Annäherung nicht nur auf das Saargebiet, sondern auch auf Österreich und die autonomistische Bewegung in Ostschlesien. Die meisten Mütter betonen deshalb die Ansicht, daß die Politik, die Stresemann und Briand in Genf eingeschlagen haben, von französischer Seite aus mit ausgesprochenem Mißtrauen aufgenommen werden müsse und daß Frankreich nur Schritt für Schritt auf dem neuen von Briand eingeschlagenen Wege Fortschreiten würde. Diese Ansicht findet man nicht nur in den nationalen politischen Kreisen der Nation, sondern auch in mehreren Organen der Linken. Die Mütter betonen, daß, wenn man eine wirkliche Verständigungspolitik zwischen beiden Ländern verfolgen will, die Genfer Rede Stresemanns in Genf nicht gehalten werden dürfen, da sie die Stellung Briands seinen nationalen Gegnern gegenüber bedeutend geschwächt hat.

Abtransporte aus dem Rheinland

In den letzten Wochen sind aus dem besetzten rheinischen Gebiet fortgesetzt französische Truppen in ihre Garnisonen nach Frankreich zurückbefördert worden. Es handelt sich um kleinere Gruppen, die indessen genommen jedoch einen beträchtlichen Teil der Besatzungsmannschaft (5000-6000 Mann) ausmachen. Der Abtransport wurde von dem französischen Außenminister Briand noch vor der Vollversammlung in Genf angeordnet. Der Ansterdamer Telegraph berichtet, daß wahrscheinlich

Der kommunistische Zerfall

Immer tiefer kriecht der Wurm des Zweifels in den kommunistischen Reihen. Die Aktion der Siebenhundert zeigt, wie heftig die inneren Auseinandersetzungen geworden sind. Noch kämpft die Zentrale der KPD, verzweifelt darum, die Abspaltung so klein wie möglich werden zu lassen. Infolgedessen hat man vorläufig noch keine organisatorischen Maßnahmen getroffen. Der Einbruch der Führer dieser Aktion, und zwar nicht nur der betreffenden Reichstags- und Landtagsabgeordneten, sondern auch zahlloser mittlerer Funktionäre kann aber nicht mehr lange auf sich warten lassen. Augenblicklich wütet in allen Zellenverfassungen der gegenseitige Kampf. Einer der führenden Berliner Funktionäre der Opposition, Givan, hat nach einem Bericht der Roten Fahne in einer solchen Zellenversammlung eine Resolution eingebracht, in der es u. a. heißt, daß „die gesamte Staats- und Gesellschaftsordnung in Rußland schon heute unter dem nicht mehr verhehlten Zeichen der Reaktion steht und die proletarische Diktatur ganz offen abgebaut wird. Klar und deutlich tritt in Erscheinung, daß die in Rußland durchgeführte Nationalisierung fast vollständig auf Kosten des Proletariats durchgeführt wird, und daß alle Abwehrmaßnahmen des Proletariats mit allen Mitteln der Staatsmacht unterdrückt werden. Die Zelle erklärt sich daher solidarisch mit den politischen und wirtschaftlich entrechteten Proletariatsmassen und fordert diese auf, den verstärkten Klassenkampf in Stadt und Land zu beginnen und damit vorzubereiten die zweite Revolution zum Sturz der Macht des Autokratismus und der Reaktionäre und auszurufen die wirkliche Diktatur des Proletariats.“

Givan bis heute noch ein Mitgliedsbuch der kommunistischen Partei besitzt, und sagt zu dieser Revolution:

„Es handelt sich hier nicht um ein unfaires Dokument (Schwankender Genossen, sondern um den vollkommenen Ausdruck einer bis zu Ende ausgearbeiteten menschlichen Ideologie.“

Deshalb widmet sie diesem Dokument aus der inneren Auseinandersetzung in der eigenen Partei eine stundenlange Entgegnung mit Fortsetzungen. Die Taktik ist dabei immer die gleiche, die Opposition wird als „menschlich“ hingestellt, wenn sie die Zustände in Sowjetrußland nicht ohne weiteres als paradiesisch bezeichnet. Die Opposition umgekehrt wird der russischen Regierung vor, daß sie die Kulaken und Rev-Bourgeoisie unterstützt. Beide Teile sind sich darüber einig, daß der Gegner die „revolutionäre Front“ verlassen hat und in das Lager der Klassenfeinde übergegangen ist. Eine Verständigung dieser Gruppen untereinander ist nicht mehr möglich. Für die Zentrale spricht in diesem Kampfe die Abneigung der Arbeiter gegen neue Spaltung. Für die Opposition spricht die Tatsache, daß die kapitalistische Entwicklung Rußlands auch durch hundert Arbeiterdelegationen sich nicht mehr verhehlen läßt, daß genug Arbeiter in der KPD zurückbleiben werden, und daß auf diese Weise die Opposition immer neue Zellen in der KPD bilden kann, selbst wenn ihr führender Kern durch den Einbruch zur Bildung einer neuen Partei gezwungen sein wird. Außerdem wird kein halbes Jahr vergehen, bis in Rußland neue Auseinandersetzungen an die Öffentlichkeit gekommen sind; denn es ist bekannt, daß die oppositionellen russischen Gruppen jetzt nicht mehr die Absicht haben, sich der Stalinischen Diktatur zu unterwerfen. Abhängig von Moskau, wird die KPD, von diesen Auseinandersetzungen zerrissen werden.

Eine deutsche Eisenbahn durchs Meer

Für unsere Frauen